



öffentlich

Betreff:

Kommunalwahlrecht für Migrantinnen und Migranten

Erstellungsdatum 06.09.2007

Eingang 902:

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
10.10.2007	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam bekräftigt ihre Forderung vom Dezember 2005 nach Einführung des aktiven Kommunalwahlrechts für Migrantinnen und Migranten im Land Brandenburg.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, diese Forderung vor dem Hintergrund der Novellierung des Kommunalwahlgesetzes in geeigneter Form an den Landtag zu übermitteln.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:	<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zurückgezogen			

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Im September hat der Landtag in 1. Lesung die Novellierung des Brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes behandelt. Die Landeshauptstadt Potsdam sollte diesen Gesetzgebungsprozess nutzen, um auf die Einführung des Kommunalwahlrechts für Migrantinnen und Migranten zu drängen.

Dafür sprechen die guten Erfahrungen, die in Potsdam im Umgang mit Migrantinnen und Migranten gemacht wurden. Die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, einschließlich des Kommunalen Wahlrechts, ist ein wichtiger Schritt zum friedlichen Zusammenleben und zur erfolgreichen Integration von Migrantinnen und Migranten.